

Niederschrift

über die 4. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 19.08.2021

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------------	-----------------------

stell. Vorsitz

Herr Kevin Peter Schneider	CDU
----------------------------	-----

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Ramon Ludwig Kimmel	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Frau Sandra Kathrin Wiemers	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Frau Hannah Hammer	SPD
Herr Dr. Cornelius Otten	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Luca Gerbl	FDP
Herr Marlon Buchholz	AfD
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden

Von der Verwaltung

Herr Dr. Claus Pommer	
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Dieter Drieschner	
Frau Geri Schwenger	Stadt Hilden
Frau Sabine Waiss	

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Hochwasser in Hilden - mündlicher Bericht der Verwaltung (ursprünglich TOP 5 der Tagesordnung)
- 3 Antrag der Fraktion Bündnis'90 / DIE GRÜNEN vom 26.07.2021: Katalog für kurzfristige Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz (ursprünglich TOP 6 der Tagesordnung)
- 4 Antrag BA vom 20.05.2021: Einbau von stationären Frischluft-Klimaanlagen in Kindergärten und Grundschulen
- 5 Sachstand mobile Luftfilteranlagen in Kindergärten und Grundschulen
- 6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 02.07.2021: „Konzept zur Verminderung von Einträgen aus Medikamentenrückständen in die Itter“
- 7 Errichtung eines Urnenhofs als neue Bestattungsmöglichkeit auf dem Nordfriedhof
- 8 Klimaanpassungsmaßnahme "Pflanzung zusätzlicher Straßenbäume 2021/22"
- 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 10.1 Antrag der CDU: Erstellung einer Analysekarte der Überflutungsbereiche im Stadtgebiet
 - 10.2 Antrag der CDU: Erstellung einer Öffentlichkeitskampagne
 - 10.3 Antrag der CDU: Chronologische Aufstellung der Hochwassermaßnahmen
 - 10.4 Anfrage der CDU: Glasanteile in Gehwegen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Da der Referent zu TOP 2 zu Sitzungsbeginn noch nicht anwesend war, wurden die Tagesordnungspunkte 5 und 6 einstimmig vorgezogen und als Tagesordnungspunkte 2 und 3 behandelt. Die anderen Tagesordnungspunkte verschoben sich entsprechend.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldet sich Frau Claudia Roth, wohnhaft in Hilden, zu Wort. Sie fragte in Bezug auf das Starkregenereignis, ob es zukünftig einen runden Tisch geben werde, um das Ereignis im Nachgang zu betrachten und Rückschlüsse für die Zukunft zu ziehen und ob eine Schadenskarte erstellt werde, aus der die Orte der Schäden ablesbar seien.

Beigeordneter Stuhlträger teilte mit Bezug auf den Bericht von Herrn Burkhardt mit, dass die Fachämter des Baudezernats, die Feuerwehr und der BRW das Ereignis gemeinsam aufarbeiten. Eine Schadenskarte werde nicht erstellt, weil die Schäden nicht nach ihrer Lage erfasst worden seien. Im Stadtentwicklungsausschuss am 27.10.2021 werde die bereits vor dem Starkregen am 14.07.2021 beauftragte Starkregenkarte vorgestellt. Der Gewässerausbau des BRW habe nur die Itter in HQ100-Qualität berücksichtigt, aber nicht den Hoxbach (Düssel) und den Garather Mühlenbach (Gewässersystem zum Viehbach). Bauherren werden darauf hingewiesen, dass Starkregenereignisse kumulieren. Es sei dann die private Entscheidung der Bauherren, ob sie bauen und ob sie z. B. das Souterrain bewohnen.

Herr Drieschner, stellvertretender Amtsleiter des Tiefbau- und Grünflächenamtes erklärte, dass die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern mit der Starkregenkarte etwas an die Hand geben wolle. Er sei nach dem Ereignis unterwegs gewesen und seine Beobachtungen entsprachen den Angaben in den Karten, die ihm schon vorlagen. Daher werden die Karten den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die Gefahrenlage einzuschätzen.

Frau Kehmeier/ Bündnis 90/Die Grünen regte an, dass gesellschaftliche Gedächtnis zu nutzen, um die Karten zu verfeinern.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 Hochwasser in Hilden - mündlicher Bericht der Verwaltung (ursprünglich TOP 5 der Tagesordnung)

Dieser Tagesordnungspunkt (ursprünglich TOP 5) wurde unter „Änderung zur Tagesordnung“ auf TOP 2 verschoben.

Zu diesem TOP wurden vier Präsentationen gezeigt, die der Niederschrift als Anlage beigelegt sind.

Für die Feuerwehr der Stadt Hilden informierte Herr Burkhardt, stellvertretender Leiter der Freiwilligen Feuerwehr anhand einer Präsentation. Er war selber im Rahmen des Ereignisses im Einsatz.

Die Fraktionen dankten den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Feuerwehrleuten für ihren Einsatz.

Herr Burkhardt beantwortete die aufkommenden Fragen:

Frau Kehmeier/ Bündnis 90/Die Grünen fragte, was die Politik für einen besseren Hochwasserschutz tun könne. Antwort: Die Aufarbeitung erfolge aktuell, daraus würden die entsprechenden Schlüsse gezogen. Den Bürgerinnen und Bürgern empfehle er, Rückschlagklappen einzubauen und diese auch regelmäßig warten zu lassen.

Herr Wannhoff/ SPD erkundigte sich nach der Situation der Warningsirenen. Antwort: Der Kreis Mettmann habe vor einiger Zeit beschlossen, wieder Sirenen aufzubauen, nachdem die von 1957 nur das Signal „Feueralarm“ können. Die Errichtung erfolge aktuell und werde voraussichtlich im Spätherbst abgeschlossen sein.

Herr Buchholtz/ AfD fragte, ob die Feuerwehr wisse, welche und wie viele Personen in der Warn-App NINA den Bereich Hilden angegeben haben und ob es sinnvoll wäre, wenn Hilden selber einen Alarm auslösen könnte. Antwort: Es sei politisch so vorgegeben, dass die Warnung von der Kreisleitstelle in Mettmann ausgelöst werde. Die Meldekette sei sehr schnell und effektiv. Es entziehe sich seiner Kenntnis, ob der Kreis die App statistisch auswerten könne.

Frau Bauer/ SPD äußerte ihr Entsetzen darüber, dass die Tiefgarage am Nove-Mesto-Platz nicht abgesperrt worden sei. Sie habe ein Foto erhalten, auf dem zwei Menschen trotz des steigenden Wassers in der Tiefgarage zu sehen waren.

Herr Burkhardt appellierte in diesem Zusammenhang an die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger. Er und seine Kolleginnen und Kollegen hätten bei ihren Einsätzen Hochwassertouristen bemerkt. Diese behinderten die Einsatzkräfte und die Personen bringen sich auch selber in Gefahr. Auch wenn es verständlich sei, dass Eigentümerinnen und Eigentümer ihr Hab und Gut in Sicherheit bringen wollen, werde die Kraft des Wassers leider viel zu oft unterschätzt.

Für den Bergisch Rheinischer Wasserverband (BRW) informierten Frau Wedmann und Herr Alparslan anhand einer Präsentation.

Sie beantworteten die aufkommenden Fragen:

Frau Kehmeier/ Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob es Möglichkeiten gibt, das Volumen der Rückhaltebecken zu vergrößern. Antwort: Für eine Vergrößerung würden entsprechend mehr Flächen benötigt. Dies sei eine politische Entscheidung.

Herr Kimmel/ CDU erkundigte sich, ob es nicht schon früher am 14. Juli die Anzeichen gegeben habe, um zu warnen. Antwort: Die Aufgabe des BRW sei, der Kreisleitstelle in Mettmann zu berichten. Dies sei erfolgt. Die Warnung erfolge, wie auch von Herrn Burkhardt geschildert, von dort. Hier werde auch entschieden, wie viel Warnung gut sei. Wenn Personen z. B. wegen einer Warnung vor Hochwasser in Tiefgaragen gehen, um ihre Autos herauszufahren und sich dabei selber in Gefahr bringen, sei dies kontraproduktiv.

Herr Wannhoff/ SPD mutmaßte, dass der Begriff „HQ100“ aus der Präsentation überholt sein müsste. Antwort: „HQ 100“ trete statistisch alle 100 Jahre auf. Es könne eben aber auch morgen wieder passieren. Es sei eine technische Größe, nach der z. B. die Rückhaltebecken bemessen werden. Für die Größen der Regenrückhaltebecken sei HQ100 der Maßstab.

Herr Drieschner, stellvertretender Amtsleiter des Tiefbau- und Grünflächenamtes, ergänzte, dass das Land das Problem erkannt habe und daran arbeite, neu zu kategorisieren.

Frau Spielmann-Locks/ BA teilte ihre Beobachtung mit, dass sich bei Verengungen im Flussbett und an Brücken Schnittreste verkeilt haben. Sie fragte, in welchen Abständen der BRW die Böschungen reinige. Antwort: Grundsätzlich werde innerstädtisch öfter gereinigt als außerorts. Es gebe einen festen Einsatzplan, anhand dessen in regelmäßigen Abständen Kontrollen durchgeführt werden. Ereignisabhängig, z. B. bei der Vorhersage von starken Regenfällen, werden weitere Kontrollen durchgeführt. Bei einem

Starkregen wie am 14. Juli kommen jedoch weitere Verschmutzungen hinzu, weil dann der Wind noch zusätzlich Äste und Laub einträgt. Der Turnus sei daher wichtig, aber auch ökologischen Gesichtspunkte seien zu beachten. Außerorts sei z. B. Totholz aus ökologischen Gesichtspunkten erwünscht.

Herr Otten/ Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich, wie gut die meteorologischen Vorhersagen gewesen seien. Antwort: Die Niederschläge waren in der richtigen Größenordnung angekündigt. Die tatsächliche Ausdehnung sei jedoch schwer einzuschätzen, da der Regen regional -auch innerhalb Hildens- sehr unterschiedlich stark gefallen sei. Dies gehe auch aus der Präsentation hervor.

Herr Gerbl/ FDP fragte, wie hoch die Entlastung für die Regenrückhaltebecken sei, wenn weniger Flächen versiegelt würden. Antwort: Jeder Quadratmeter, der mit Rückhaltefunktion gebaut werde, sei von Vorteil. Dies seien im Einzelnen politische Entscheidungen nach Art und Umfang, die vor allem die Siedlungsgebiete und die Infrastruktur betreffen.

Es folgte der Bericht des technischen Dezernats durch den technischen Beigeordneten Herrn Stuhlträger.

3	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 26.07.2021: Katalog für kurzfristige Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz (ursprünglich TOP 6 der Tagesordnung)	WP 20-25 SV 66/021
---	--	--------------------

Dieser Tagesordnungspunkt (ursprünglich TOP 6) wurde unter „Änderung zur Tagesordnung“ an den Beginn der Sitzung als TOP 3 vorgezogen.

Herr Schneider/ CDU sprach sich dafür aus, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, zunächst die Ergebnisse der Starkregenkarte in Verbindung mit den Hochwassergefahrenkarten auszuwerten und danach die Maßnahmen festzulegen.

Herr Wannhof/ SPD kritisierte die Aussage in der Bewertung der Verwaltung, die Herstellung von Neu- und Umgestaltungsmaßnahmen sowie deren Folgekosten seien „einfach“ zu teuer, um kurzfristig Maßnahmen festzulegen. Der Antrag beinhalte einen Prüfauftrag, der davon zunächst unabhängig sei.

Herr Gerbl/ FDP sprach sich für den Antrag aus, sofern unter Berücksichtigung der Ausführungen der Verwaltung die Frist zur Vorlage des Kataloges auf das Ende des 1. Quartals 2022 verlängert werde. In der weiteren Diskussion modifizierte die Antragstellerin den Antragstext entsprechend.

Auf Nachfrage von Frau Kehmeier/ Bündnis 90/Die Grünen in Bezug auf die langsame Umsetzung der geplanten Trittsteinbiotope in der Itter teilte Beigeordneter Stuhlträger mit, dass der Rat lediglich beschlossen habe, das Grundstück dafür zur Verfügung zu stellen. Der Umbau erfolge durch den Bergisch Rheinischen Wasserverband unter Finanzierung der Bezirksregierung.

Frau Spielmann-Locks/ BA verlas einen Antrag, über den Vorsitzender Herr Bartel mit Zustimmung der Gremienmitglieder nach der Aussprache separat abstimmen ließ. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Frau Spielmann-Locks/ BA führte aus, dass es darum gehe, den Betroffenen eine Perspektive zu geben und Prioritäten zu setzen.

Beigeordneter Stuhlträger erläuterte zur Sitzungsvorlage, dass in den Erläuterungen die Maßnahmen aufgezeigt werden, die die Stadt Hilden (Rat und Verwaltung) bereits in den letzten Jahrzehnten ergriffen hat, um die Auswirkungen von Starkregenereignissen zu reduzieren. Auf Grund der Kürze der Zeit sei dieser Maßnahmenkatalog nicht abschließend. Es werde z. B. bei Bebauungsplänen die Klimarelevanz bei jeder Sitzungsvorlage in der Begründung auf Basis des erstellten Klimagutachtens erläutert. Er verstehe den Hinweis, dass der Rat anstrebe, die Umsetzung von Vorsorgemaßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz zu intensivieren. Gleichzeitig warb er für Verständnis, dass die Verwaltung mehr finanzielle und personelle Ressourcen benötige, um mehr als bisher zu tun. Aktuell gebe es im Tiefbau-

und Grünflächenamt weder eine Amtsleitung noch eine Sachgebietsleitung für Grünflächen und Forst. Der stellvertretende Leiter des Amtes sei neben der Bewältigung der Folgen des Starkregenereignisses und den sonstigen Aufgaben als Sachgebiets- und Amtsleitung auch mit der Haushaltskonsolidierung extrem belastet. Die Sitzungsvorlage sei daher so zu verstehen, dass der Auftrag zwar erteilt werden könne, es aber schwierig sei, diesen umzusetzen. Er stimmte der Intention des Antrags zu, dass der gemeinsame Weg von Rat und Verwaltung intensiviert werden müsse.

Frau Kehmeier/ Bündnis 90/Die Grünen betonte, dass es darum gehe, gemeinsam mit Rat und Verwaltung Antworten zu finden, wie auf städtischen Flächen kurzfristig Maßnahmen umgesetzt werden können. Ein Ankauf von Grundstücken stehe z. B. nicht im Raum.

Bürgermeister Dr. Pommer betonte, dass er dies für einen ehrenwerten Ansatz halte. Jedoch müssten die aktuellen Rahmenbedingungen des Baudezernats berücksichtigt werden. Hier gelte es, Prioritäten zu setzen. Wenn Projekte zur Reduzierung von Starkregenereignissen mehr Gewicht erhalten und dafür z. B. neue Diskussionsrunden zwischen Politik und Verwaltung eröffnet werden sollen, dann müsse die Politik trotz der Haushaltskonsolidierung mehr Personal zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Herr Bartel entgegnete, dass die anstehenden Aufgaben keinen Aufschub dulden, auch wenn die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen bekannt seien.

Der stellvertretende Leiter des Tiefbau- und Grünflächenamtes, Herr Drieschner, resümierte, dass sich Politik und Verwaltung bezüglich der Ziele einig seien. Es müssen weitere Maßnahmen erarbeitet werden, um Schäden durch Starkregenereignisse zu reduzieren. Dies erfordere Personal und können nicht bis zum Ende des 1. Quartals 2022 geleistet werden. Sollte ein Katalog erstellt werden, müsse eine Untersuchung erfolgen, welchen Effekt die einzelnen Maßnahmen haben. Neben möglichen Entsiegelungen gehe es z. B. auch um die Frage, wie Wasser zu den Flächen geleitet werden könne, wo es dann auch versickern soll. Dies sei nicht in einer kurzfristigen Betrachtung zu leisten. Als Beispiel für aktuelle personalintensive Maßnahmen nannte er die Planung und den Bau von Regenrückhaltebecken am Westring und an der Furtwänglerstraße sowie das Versickerungsbecken Im Loch. Ersteres fasse aktuell 10.000 m³ und solle auf 25.000 m³ erweitert werden. Diese komplexen Planungsaufgaben werden aktuell priorisiert, um langfristig effektive Ergebnisse zu bekommen. Diese Projekte müssten eventuell zurückgestellt werden, um den geforderten Katalog kurzfristiger Maßnahmen zu erstellen. Im Sinne eines effektiven Hochwasserschutzes riet er davon ab.

Geänderter Antragstext der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Änderung durchgestrichen und kursiv:

Die Verwaltung legt zur Sitzung des UKS ~~im November 2024~~ *im 1. Quartal 2022* einen Katalog zu kurzfristigen Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz vor.

In diesem Zusammenhang prüft sie

- welche städtischen Flurstücke kurzfristig (teil-)entsiegelt werden können
- welche städtischen Sport- oder Spielplätze - analog zu den Spielplätzen Topsweg und Eichelkamp im Süden - sich ebenfalls als innerstädtischer Rückhalteraum eignen
- welche städtischen Flurstücke kurzfristig so umgestaltet werden können, dass sie als innerstädtischer Rückhalteraum dienen
- weitere Maßnahmen, die die Stadtverwaltung kurzfristig noch als geeignet ansieht, um die städtischen Kanäle und Bäche zu entlasten.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Mehrheitlich beschlossen gegen 6 Nein-Stimmen von CDU und AfD

Antragstext der BA-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle im Zusammenhang mit dem Hochwasser am 14. Juli 2021 erkennbar gewordenen Schwachstellen im Hochwasserschutz der Stadt Hilden in einer Sitzungsvorlage für die nächste Sitzung des Umweltausschusses aufzulisten, in einer ersten Betrachtung Maßnahmen zu deren Beseitigung vorzuschlagen und eine Priorisierung hinsichtlich der Dringlichkeit vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der BA-Fraktion:

Mehrheitlich beschlossen gegen 5 Nein-Stimmen von SPD und AfD

4 Antrag BA vom 20.05.2021: Einbau von stationären Frischluft-Klimaanlagen in Kindergärten und Grundschulen

WP 20-25 SV 26/009/1

Dieser Tagesordnungspunkt (ursprünglich TOP 2) wurde unter „Änderung zur Tagesordnung“ auf TOP 4 verschoben.

Herr Czekalla, Mitarbeiter des TÜV Rheinland (Gebäudetechnik/ Lüftungsanlagen), führte in das Thema ein und erörterte diverse Fragestellungen zum Thema stationäre Raumlufthechnische Anlagen sowie mobile Luftfilteranlagen und deren Nutzung im Vergleich zu Fensterlüftung anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Aufkommende Fragen aus dem Gremium wurden beantwortet.

Vor diesem Hintergrund sprachen sich die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD dafür aus, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Auf Nachfrage von Herrn Vorsitzendem Bartel betonte Frau Spielmann-Locks/ BA, dass die BA den Antrag nicht zurückzieht. Als Antragstellerin stimme sie zu, den Beschlussvorschlag durch den Vorschlag der Verwaltung zu modifizieren.

Vorsitzender Herr Bartel ließ über den geänderten Antragstext abstimmen.

Geänderter Antragstext:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung, die Erstellung einer raumlufthechnischen Anlage an der Grundschule Elbsee am Schalbruch weiter zu verfolgen.

~~Zur Vermeidung weiterer Ausbreitung von Corona-Viren durch Kinder in Kindergärten und Grundschulen und zu deren Schutz beauftragt der Rat der Stadt Hilden die Verwaltung mit dem Einbau von stationären Frischluft-Klimaanlagen in Kindergärten und Grundschulen, die in städtischen Gebäuden untergebracht sind.~~

~~Zur Finanzierung wird die Stadt Hilden die von Herrn Kanzleramtsminister Helge Braun beworbene Fördermaßnahme die dieser aus seinem verifizierten (!) Twitter Account am 12.5.21 veröffentlicht hat in Anspruch nehmen.~~

Abstimmungsergebnis über den geänderten Antragstext:

Einstimmig beschlossen

5 Sachstand mobile Luftfilteranlagen in Kindergärten und Grundschulen

WP 20-25 SV 26/011

Dieser Tagesordnungspunkt (ursprünglich TOP 3) wurde unter „Änderung zur Tagesordnung“ auf TOP 5 verschoben.

Beigeordneter Stuhlträger verlas eine Passage des Schnellbriefs 390-2021 (Anlage zur Sitzungsvorlage), mit der der Städte- und Gemeindebund seine Position unterstreicht, „...dass eine technische Aufrüstung nur in denjenigen Fällen sinnvoll ist, in denen eine natürliche Belüftung von Schulräumen aus baulichen Gründen nicht erfolgen kann.“

Er teilte mit, dass die Abfrage bei den Einrichtungen noch laufe, wie viele Räume die Kriterien des Landesförderprogramms erfüllen.

Frau Spielmann-Locks/ BA verlas folgenden, ergänzenden Beschlussvorschlag inklusive der Begründung:

1. *Räume der Kategorie 2 in städtischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen werden unverzüglich, gegebenenfalls auch unabhängig von Bundes- und Landesförderprogrammen, mit Luftfilteranlagen ausgestattet.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, alle sich bietenden Landes- und Bundesförderprogramme zu nutzen, um nach Möglichkeit zu einer flächendeckenden Ausstattung der städtischen Kindergärten und Grundschulen in Hilden mit Luftreinigungsgeräten zu kommen.*

Begründung:

- *Das Robert-Koch-Institut empfiehlt in seinem Strategiepapier "Vorbereitung auf den Herbst/Winter" u. a. folgendes: "Der Ausbau der baulichen, strukturellen, organisatorischen und technischen Maßnahmen sollte intensiviert und bis zur Öffnung nach den Sommerferien abgeschlossen sein. Dies betrifft ganz besonders die Stärkung [...] der räumlichen (Messung der Luftqualität mittels CO2-Messung, Frischluftzufuhr) und ggf. technischen Möglichkeiten zur Luftreinigung sowie Verbesserung der hygienischen Bedingungen insgesamt, [...]"*
- *Der den Erläuterungen der Sitzungsvorlage beigelegte Kurzbericht "Technische Möglichkeiten für eine starke Reduzierung der aus Aerosolen ausgehenden Infektionsgefahr in geschlossenen Räumen wie in Klassenzimmern" datiert vom 30.8.2020!!!, ist also mittlerweile ein Jahr alt und in seinen Aussagen überholt, z. T. auch widerlegt. Neue Parameter und Erkenntnisse bleiben dort unberücksichtigt.*

Sie ergänzte, dass Luftreiniger in Ergänzung zur natürlichen Belüftung die Virenlast reduzieren.

Vorsitzender Herr Bartel erklärte, dass die Gremienmitglieder darüber entscheiden, ob über diesen Antrag entschieden werde oder dieser vertagt werden solle.

Nach kurzer Diskussion ließ Vorsitzender Herr Bartel über die Vertagung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis über die Vertagung:

Mehrheitlich beschlossen gegen 1 Nein-Stimme der BA

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

6	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 02.07.2021: „Konzept zur Verminderung von Einträgen aus Medikamenten- rückständen in die Itter“	WP 20-25 SV 66/020
---	---	--------------------

Dieser Tagesordnungspunkt (ursprünglich TOP 4) wurde unter „Änderung zur Tagesordnung“ auf TOP 6 verschoben.

Die CDU-Fraktion erklärte, das Anliegen zu unterstützen, der Erstellung eines Konzeptes aber nicht zuzustimmen, weil davon auszugehen sei, dass dieses Geld koste.

Frau Kehmeier/ Bündnis 90/Die Grünen erläuterte, dass es in einem ersten Schritt darum gehe, sich zusammenzusetzen und Aufgaben zu verteilen. Der Antrag zielt auf ein Treffen mit den Anrainerkommunen, BRW sowie Kreis Mettmann und einen folgenden Bericht im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz im ersten Quartal 2022 ab. Es werde nicht erwartet, dass bereits im nächsten Jahr ein fertiges Konzept vorliege.

Auf Grund des Austauschs änderte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Antragstext, über den Vorsitzender Herr Bartel abstimmen ließ.

Geänderter Antragstext (durchgestrichen bzw. kursiv):

Die Stadt Hilden ~~lädt zu einem gemeinsamen Treffen erstellt gemeinsam mit den Stadtwerken Hilden Städten Solingen, Haan und Düsseldorf sowie dem Kreis Mettmann und dem Bergisch Rheinischen Wasserband ein Konzept, um über die Verminderung von Einträgen aus Medikamentenrückständen in die Itter zu sprechen. Dabei sind auch die beteiligten Klärwerke anderer Kommunen (Solingen) einzubinden. Über die Ergebnisse des Gesprächs ist bis Ende des ersten Quartals 2022 dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Errichtung eines Urnenhofs als neue Bestattungsmöglichkeit auf dem Nordfriedhof

WP 20-25 SV 68/005

Beigeordneter Stuhlträger erläuterte zu den von den Gremienmitgliedern angesprochenen Themen folgendes:

- Schließanlage: Der abzuschließende Bereich verfüge über eine Fensterfront zur Friedhofskapelle. Alle Friedhöfe in Hilden seien täglich 24 Stunden zugänglich. Ein unsachgemäßer Gebrauch sei zu befürchten. Ein Schlüssel sei daher zu den Zeiten erforderlich, zu denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt nicht mehr vor Ort seien.
- Feinsteinzeugplatten in Holzoptik: Das Wasser von dieser versiegelten Fläche werde nicht in den Regenwasserkanal abgeführt, sondern vor Ort in den Boden versickert. Die Gestaltung sei pflegeleicht und entspreche dem Ambiente des Ortes.
- Beleuchtung: Neben dem Eingang der Kapelle befinde sich eine ca. 2 m hohe Mauer, die einen düsteren Bereich bildet. Es sei eine Beleuchtung gesucht worden, die Flair verbreite und die man dort nicht erwarte, also keine Standartbeleuchtung an der Decke. Der Panoramaofen erfülle dieses Ziel, sei vandalismussicher und habe einen so geringen Stromverbrauch wie LED.

Frau Spielmann-Locks/ BA äußerte auch nach dieser Erläuterung Kritik an der

- Beleuchtung: Der Panoramaofen erinnere an den Verbrennungsvorgang im Krematorium.
- Schließanlage: Der Südfriedhof sei auch nicht abgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel in Folgejahren die Erstellung eines Urnenhofes auf dem Nordfriedhof.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt die Kostenaufstellung und die Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Kenntnis.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Herr Dr. Otten/ Bündnis 90/Die Grünen begrüßte die Pflanzung von Bäumen. Er gab zu bedenken, dass die Erarbeitung des Mobilitätskonzepts zu berücksichtigen sei, damit die Bäume nicht umgepflanzt werden müssten, wenn dort in absehbarer Zeit ggfs. Fahrradwege gebaut würden. Weiterhin regte er an, bei künftigen Baumpflanzungen auch die Düsseldorfer Straße zu berücksichtigen.

Frau Spielmann-Locks/ BA merkte an, dass in 50 % der Fälle Parkplätze wegfallen. Das lehne die Bürgeraktion im Hinblick auf den Parkdruck ab.

Frau Wiemers/ CDU befürwortete die Standorte, auch wenn Parkplätze wegfallen. Den Bäumen sei der Vorzug gegenüber dem Parkraum zu geben.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, zur Umsetzung der vom Rat am 11.12.2019 beschlossenen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahme sind 20 zusätzliche Straßenbäume gemäß der vorgelegten Planung zu pflanzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

10.1 Antrag der CDU: Erstellung einer Analysekarte der Überflutungsbereiche im Stadtgebiet

Herr Schneider/ CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU Fraktion beantragt die Errichtung einer Analysekarte, die Überflutungsbereiche im Stadtgebiet zeigt und Gründe der Überflutung benennt. Aus dieser Analysenkarte sollen langfristige Maßnahmen entwickelt werden.“

Begründung:

Nach dem Hochwasser vom 15.07.2021 beantragte CDU Fraktion eine Analysekarte, die Bereiche aufzeigt in den es im Stadtgebiet zu Überflutung der Straßen/ Grundstücke, Tiefgaragen kam. In dieser Karte sollen die Gründe der Überflutung wie z. B (zu tiefe Brücken, zu kleine Öffnung von Kanäle, zu enge Bachläufe) genannt werden.

Durch die Erkenntnisse der erstellten Karte sollen langfristige Maßnahmen entwickelt werden, die der Vermeidung weiter Überflutung im Starkregenfall dienen können.“

10.2 Antrag der CDU: Erstellung einer Öffentlichkeitskampagne

Herr Schneider/ CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU Fraktion beantragt die Errichtung einer Infoveranstaltung/-kampagne zur Vermeidung von Medikamenten in Abwässern.“

Begründung:

Seit einigen Jahren ist bekannt, dass durch Messungen Spurenstoffe von Medikamenten in der Itter festgestellt wurden, größtenteils bestehend aus Antibiotika und Schmerzmitteln. Schon Mengen in geringer Konzentration können nachteilige Wirkung auf die Gewässerökologie haben.

Aus Sicht der CDU Fraktion wissen viele Mitbürger nicht, dass man Medikamente nicht in das Abwasser entsorgen darf. Aus diesem Grund soll ein Programm entwickelt werden, um Mitbürger von dieser Verunreinigung zu informieren und alternative Entsorgungsmaßnahmen (z. B. Schadstoffsammlung auf dem zentralen Bauhof) benennen und vorzustellen.“

10.3 Antrag der CDU: Chronologische Aufstellung der Hochwassermaßnahmen

Herr Schneider/ CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU-Fraktion Hilden beantragt bei der Verwaltung eine chronologische Aufstellung der Ereignisse zu erstellen und uns vorzulegen aus der hervorgeht, wer am 14.07.2021 im Zusammenhang mit dem Hochwasser zu welchem Zeitpunkt welche Informationen an wen gegeben hat und welche Maßnahmen darauf gefolgt ist.

Begründung:

Die Bürger, insbesondere die, die zum Teil einen großen Schaden erlitten haben, sind verunsichert und bezweifeln, dass die entsprechen Dienste ordnungsgemäß funktioniert haben.

Nur eine detaillierte Auflistung aus der hervorgeht, wann und von wem der erste Alarm ausgelöst wurde und wer die weiteren Maßnahmen angeordnet und durchgeführt hat (z.B. Kreisleistelle Mettmann, Leitstelle Hilden, BRW etc.) kann helfen, die Bürger wieder zu beruhigen.

Dann kann auch das Vertrauen in die Verwaltung und Feuerwehr wiederhergestellt werden.“

10.4 Anfrage der CDU: Glasanteile in Gehwegen

Herr Schneider/ CDU verlas folgende Anfrage:

„Nach dem Hochwassers am 14.07.2021 zeigen sich deutliche Spuren und Beschädigungen der Gehwege beispielhaft am Garather Mühlenbach. Nachdem das Wasser gewichen war, lag auf weiten Teilen der Gehwege viele scharfkantige Glasscherben, die vermutlich aus dem Untergrund der Gehwege ausgespült worden. Die beigefügten Bilder zeigen einen großen Anteil an scharfkantigen Glasscherben auf den Gehwegen.

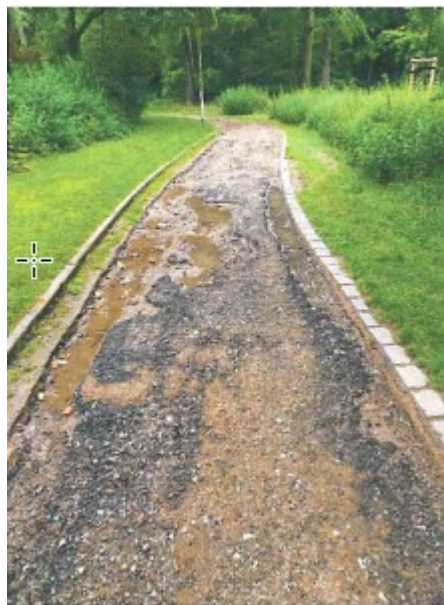
Aus diesem Grund fragt die CDU Fraktion ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass der Untergrund der Gehwege aus größtenteils Glasscherben besteht?

Aus welchen Bestandteilen bestehen hauptsächlich die Gehwege in der Regel im Hildener Stadtgebiet?

Ist dies gängige Praxis in der Herstellung von Gehwegen?

Welche Maßnahmen werden getroffen diese Glasscherben zu entfernen (Bachlauf, Spielplatz, Bolzplatz, e.c.t.)?

Werden bei der Wiederherstellung der Gehwege die Glasscherben im Untergrund wieder mit verdichtet?“



Ende der Sitzung: 21:52 Uhr

Klaus-Dieter Bartel / Datum
Vorsitzender

Geri Schwenger / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter